

MBSJ
23.10 - 72031

Datum: 10. Februar 2020
Bearbeiter: David Grave
☎: +49 331 866-3772

**Protokoll
über die 1. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 2. Amtszeit**

Sitzungstermin: 10.02.2020

Sitzungsort: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Sitzungsleitung: Frau Ebell (gschf. Vorsitzende), ab 15:00 Uhr Herr Mones (Vorsitzender)

Protokollführung: Herr Grave (Geschäftsstelle LKJA)

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

→ Protokollanlagen:

1. *Teilnahmeliste*

Gesprächsinhalte:

Frau Ebell eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden, darunter als Gäste

- Frau Dr. Garske (Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg - SFBB)
- Frau Schäfer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - GEW)
- Eine Vertreterin von Radio Potsdam

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Auf Antrag von Frau Schiefelbein stimmen die Anwesenden betreffend die Tagesordnung einer Behandlung von TOP 14 vor TOP 13 zu. Hiervon abgesehen wird die Tagesordnung in der aktualisierten Fassung vom 27.02.2020 durch die Anwesenden einstimmig beschlossen.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 2: Begrüßung durch Frau Britta Ernst, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport und Frau Ines Jesse, Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Ministerin Ernst begrüßt die Anwesenden und übermittelt Grüße von Frau Staatssekretärin Jesse, die an der Sitzung leider kurzfristig nicht teilnehmen konnte. In ihrem Grußwort skizziert Frau Ministerin Ernst aktuelle jugendpolitische Themen, Kernpunkte des

Koalitionsvertrages und benennt wichtige Vorhaben des Ministeriums in der neuen Legislaturperiode.

Anschließend geht Frau Ministerin Ernst auf einzelne Rückfragen bzw. Hinweise seitens der Anwesenden ein:

- Bitte an das MBSJ, dem LKJA im Zuge seiner Beteiligung ausreichende Bearbeitungsfristen einzuräumen
- Mitgliedschaft der GEW im LKJA
- Sachstand zum Thema Jugendbeauftragte/-r
- Seitens der Mitglieder des LKJA gibt es den Wunsch nach einer Übersicht von geplanten Gesetzesvorhaben. Frau Ministerin Ernst erklärt, dass eine Übersicht zur Novellierung des Kita-Gesetzes ab dem 19.02.2020 einsehbar sein wird. Die Erstellung einer Übersicht über die zu ändernden Landesgesetze werde man überdenken. Eine Auflistung von neuen oder zu überarbeitenden Gesetzen ist aufgrund des zu hohen Arbeitsaufwandes im MBSJ hingegen nicht leistbar.
- Fachkräftebedarf: Bitte um Überlegungen für alle Handlungsfelder.
- Stand der Fachkräftebedarfsprognose: Frau Ministerin Ernst erklärt, dass diese dem MBSJ im 1. Entwurf vorliegt, jedoch noch nicht abgenommen werden konnte.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 3: Wahl des vorsitzenden Mitglieds des Ausschusses

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Mit Zustimmung der Anwesenden leitet Frau Ebell die Wahl des Vorsitzenden:

Durch die Anwesenden werden folgende Vorschläge eingebracht:

1) Herr Bernd Mones (durch Herrn Thiele)

Herr Mones stellt sich zur Wahl und stellt sich kurz vor.

Die Anwesenden verständigen sich einstimmig auf die Durchführung einer offenen Wahl.

Diese führt zu folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen	22
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	4

Somit ist Herr Mones als vorsitzendes Mitglied des LKJA gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Frau Ebell übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Mones.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 4: Wahl der stellvertretenden vorsitzenden Mitglieder des Ausschusses

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Durch die Anwesenden werden folgende Vorschläge eingebracht:

1. Frau Melanie Ebell (durch Frau Schiefelbein)
2. Frau Jutta Schlüter (durch Frau Dankert)
3. Frau Annett Heidebrunn (durch Frau Hildebrandt, MdL)

Alle Kandidatinnen stellen sich zur Wahl und stellen sich kurz vor.

Auf Nachfrage an die Anwesenden stellt Frau Heidebrunn einen Antrag auf geheime Wahl. Diesem wird stattgegeben.

Mit Zustimmung der Anwesenden wird die Wahlkommission gebildet durch:

- Herr Grave (Geschäftsstelle LKJA)
- Frau Dr. Garske (Gast)
- Frau Schäfer (Gast).

Die Wahl (jedes stimmberechtigte Mitglied hat bis zu 2 Stimmen) führt zu folgendem Ergebnis:

Abgegebene Wahlzettel:	27
Ungültige Stimmen:	0
Auf Frau Ebell entfallene Stimmen:	24
Auf Frau Schlüter entfallene Stimmen:	17
Auf Frau Heidebrunn entfallene Stimmen:	12

Somit sind Frau Ebell sowie Frau Schlüter als stellvertretende vorsitzende Mitglieder gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Im Anschluss gratuliert Frau Ministerin Ernst dem neugewählten Vorstand.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 5: Bildung der Unterausschüsse

→ TOP 5.1 Beschluss über die Bildung der Unterausschüsse

→ TOP 5.2 Wahl der Mitglieder der Unterausschüsse

→ Protokollanlagen:

2. Übersicht über die Mitglieder der Unterausschüsse

Gesprächsinhalte:

Zu TOP 5.1:

Die Anwesenden beschließen einstimmig die Bildung der folgenden Unterausschüsse:

- Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

- Kindertagesbetreuung
- Hilfen zur Erziehung
- Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Zu TOP 5.2:

Die Anwesenden geben Ihre jeweiligen Interessen betreffend eine Mitwirkung in den Unterausschüssen an und werden en bloc gewählt (siehe Protokollanlage 2). Im Folgenden werden die Anwesenden noch über bislang eingegangene Interessensbekundungen für eine Mitarbeit in den Unterausschüssen gem. § 16 Abs. 6 der Geschäftsordnung des LKJA informiert.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 6: Benennung eines Mitgliedes (sowie einer Stellvertretung) des LKJA für den Landeschulbeirat gem. § 139 Abs. 1 Ziff. 7 BbgSchulG

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Grave stellt den Anwesenden kurz die Struktur sowie die Aufgaben des Landeschulbeirates vor.

Auf Nachfrage, wer den LKJA im Landeschulbeirat vertreten würde, erklären

- Herr Trzensimiech (ordentliches Mitglied) sowie
- Frau Berg (Stellvertretung) ihre Bereitschaft.

Beide Kandidaten werden von den Anwesenden einstimmig (bei jeweils einer Enthaltung) als Vertretung des LKJA im Landeschulbeirat benannt.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 7: Abstimmung Sitzungstermine 2020 sowie Vorschlag zu einer Klausurtagung

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Grave benennt den Anwesenden die durch den ehemaligen LKJA vorgeschlagenen Sitzungstermine für das Jahr 2020. Diese werden durch die Anwesenden einstimmig bestätigt.

Auch der Vorschlag für eine Klausurtagung des Ausschusses wird wohlwollend aufgenommen. Als Zeitrahmen sprechen sich die Anwesenden einstimmig für eine zweitägige Klausur aus.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 8: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen des LKJA vom 20.05.2019, 24.06.2019, 26.08.2019 sowie 21.10.2019

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

- a. Dem Protokoll vom **20.05.2019** wird von den Anwesenden mehrheitlich (14 Ja/00 Nein/13 Enthaltungen) **zugestimmt**.
- b. Dem Protokoll vom **24.06.2019** wird von den Anwesenden mehrheitlich (15 Ja /00 Nein /12 Enthaltungen) **zugestimmt**.
- c. Zum Protokoll vom **26.08.2019** gibt es seitens von Frau Heidebrunn folgende Änderungsbegehren:

Zu Top 4: Studie zur Kita-Finanzierung (Informationen über den Sachstand)

Änderung Abs. 2 Anstrich 3: „Frau Heidebrunn schlägt vor, die Datengrundlagen, die auch für Bertelsmann-Studie Kita-Zoom dienten, zu nutzen. Diese nutzten die Daten der AWO-Brandenburg, die auch aktuelle betriebswirtschaftliche Daten zur Verfügung stellen könnten.“

zu Top 5: Eckpunkte für eine Kita-Gesetzes-Reform und ein tragfähiges Kita-Finanzierungskonzept im Land Brandenburg

Ergänzung zu Abs. 6 Anstrich 3: „[...] Frau Heidebrunn berichtete davon, dass auch der Verein Eltern für Eltern e.V. auf diese Betreuungslücke hinweist und befürwortet die Aufnahme einer Erweiterung des Rechtsanspruchs für behinderte Kinder bis eine andere ggf. bundesweite Regelung greift.“

zu Top 6: Diskussionspapier des LKJA "Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe"

Änderung Abs. 5 Anstrich 2:

Streichung: "Stärkere Kenntlichmachung, dass die Ausbildungsvergütung auch für deutsche Auszubildende gilt."

Änderung in: "Der als mittelfristig zu etablierende Ansatz, junge Schulabsolventen in Europa (z.B. Italien, Spanien, Griechenland, Polen) ab Zeile 139 für 7 Jahre zu verpflichten, eine durch Landesmittel finanzierte Ausbildung und eine entsprechende Ausbildungsvergütung zu gewähren wird kritisch gesehen, solange eine vergütete dualorientierte Erzieher*innenausbildung lediglich in den Fokus gerückt wird."

Von Frau Schiefelbein werden folgende Änderungsbedarfe angezeigt:

Zu Top 4: Studie zur Kita-Finanzierung (Informationen über den Sachstand)

Änderung Abs. 2 Anstrich 3:

Streichung: „Frau Schiefelbein erklärt, dass dies grundsätzlich zu begrüßen sei, aber die dort zugrunde gelegten Zahlen aus den Jahren 2011/12 stammen und daher nicht die aktuellen Kosten- und Finanzierungsanteile spiegeln.“

Änderung in: „Frau Schiefelbein weist zum einen darauf hin, dass verschiedene Träger (und nicht nur die AWO) beim Projekt KitaZoom beteiligt waren und ihre Daten im Zuge der

Betriebskostenermittlung nach der Betriebskostensystematik zur Verfügung gestellt haben. Beteiligt waren dabei sowohl alle LIGA-Verbände, als auch Einrichtungen von Elterninitiativen sowie kommunale Einrichtungen. Ferner scheinen zwar die dahinterliegende Struktur und ggf. elektronischen Erhebungstools, aber nicht die Daten selbst im Zuge des Projektes KitaZoom dafür geeignet. Die Daten selbst sind veraltet. Die beteiligten Träger hatten sich aufgrund der fehlenden Fertigstellung von Jahresabschlüssen etc. auf Datenerhebung mit Stand 2012 verständigt.“

Dem Protokoll vom **26.08.2019** wird von den Anwesenden mit den vorgenannten Änderungen mehrheitlich (16 Ja /00 Nein /11 Enthaltungen) **zugestimmt**.

d. Dem Protokoll vom **21.10.2019** wird von den Anwesenden mehrheitlich (14 Ja /00 Nein /12 Enthaltungen) **zugestimmt**.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 9: Empfehlung zur Festsetzung der Höhe eines angemessenen Barbetrages (Taschengeld) zur persönlichen Verfügung für junge Menschen durch die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg mit ergänzenden Hinweisen für Träger erlaubnispflichtiger Einrichtungen zum Umgang mit dem Barbetrag (Vorlage Nr. 59-22/19 - Wiedervorlage)

BE: Herr Decker

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Decker führt kurz in die Thematik ein. Der bisherige Diskussionsverlauf wird aus den Sitzungs-Protokollen ersichtlich. Der LKJA hatte das MBS im letzten Jahr aufgrund der nicht erfolgten Beteiligung kritisiert. Diese wurden nun nachgeholt, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden und der LIGA. Der UA Hilfen zur Erziehung hat sich für eine erneute Befassung in dieser Sitzung ausgesprochen und sich gegen eine Rücknahme der Beschlussvorlage entschieden. Eine Thematisierung erfolgt auch im KJLR.

Es wird darum gebeten, auch Signale in die Jugendhilfeausschüsse zu übermitteln, sich mit den Empfehlungen auseinander zu setzen. Diese würden oftmals Empfehlungen des MBS nicht kennen.

Folgend tauschen sich die Anwesenden u.a. zu den folgenden Aspekten aus:

- Technische Unterstützung
- Umsetzung in der Praxis
- Wirkung der Empfehlung
- Unterschiedliche Sätze in den Landkreisen

Herr Westphal erklärt, dass man die Reaktionen der Landkreise auf die Empfehlungen zunächst abwarten möchte und im Anschluss nochmal in den Austausch gehen wird. Für die zweite Hälfte des Jahres 2020 ist eine Überprüfung der Empfehlungen angedacht. Grundsätzlich dürfe man aber nicht vergessen, dass die Empfehlungen ihren Ursprung u.a. in dem konkreten Wunsch der Betroffenen auf Vergleichbarkeit, haben. Dies würde durch das MBS sehr ernst genommen.

Die Empfehlung wird von den Anwesenden beschlossen (21 Ja /02 Nein /01 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 10: Information zu Stellungnahmen des Landes-Kinder- und Jugendausschusses - Entwurf von Empfehlungen nach § 85 Absatz 2 Nr. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg als überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe - Hier: für den Erlass von Elternbeitrags- bzw. Gebührensatzungen und -ordnungen (Mustersatzung / -Beitragsordnung inklusive Anleitung für deren Erstellung)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein führt kurz in die Thematik ein. Der Vorstand habe den UA Kindertagesbetreuung um Zuarbeit für eine Stellungnahme des LKJA gegenüber dem MBS gebeten. Diese übermittelte Stellungnahme wurde den Mitgliedern des LKJA mit Versendung der Einladung zur Sitzung zur Kenntnis gegeben.

Grundsätzlich würde der Erlass begrüßt, allerdings entspräche dieser in seiner Gesamtheit schlussendlich nicht der gewollten Qualität. Daher plädiert der LKJA für eine Überarbeitung.

Herr Westphal erklärt, dass die Mustersatzung unter Beteiligung der AG 17 entstand, der 1. Entwurf wurde durch die Rechtskanzlei Dombert gefertigt. Ziel sei die Herstellung von Rechtssicherheit, für die Akteure, die Satzungen erlassen. Sie richtet sich jedoch nicht an die Eltern. Alle eingegangenen Stellungnahmen würden derzeit im MBSJ geprüft, ggf. mit Unterstützung durch die Rechtskanzlei Dombert. Ggf. wird der LKJA noch einmal beteiligt werden. Dies steht in Abhängigkeit zur Anzahl und Bedeutung der eingegangenen Änderungshinweise. Der Einwand der Eltern, dass die Zuschüsse der Gemeinde nach § 16 Abs. 3 KitaG bei der Elternbeitragskalkulation zu berücksichtigen seien, kann nicht aufgenommen werden, da dem die ständige Rechtsprechung des OVG Berlin-Brandenburg entgegensteht. Mit einem neuen Entwurf kann ggf. Anfang Mai gerechnet werden.

Frau Heidebrunn bittet darum, auch die Grundstücks- und Gebäudekosten bei den Überlegungen zu berücksichtigen.

Frau Radig spricht sich für einen Dialog, wie auch in der Stellungnahme der LIGA vorgeschlagen, aus. Herr Westphal erklärt, dass es hierzu bereits Terminplanungen gäbe.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 11: Anhörung des LKJA gemäß § 12 Abs. 4 AG KJHG

→ TOP 11.1 Entwurf des Ersten Gesetzes zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe

→ TOP 11.2 Verordnungsentwurf für eine Änderung der Kita-Personalverordnung – KitaPersV

→ TOP 11.3 Kita-Landeselternbeitragstabellenverordnung (KitaLEBTV)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Zunächst führt Herr Ernst in die Thematik ein und gibt den Anwesenden einen Überblick über die wichtigsten Punkte der einzelnen Vorhaben.

Folgend tauschen sich die Anwesenden zu den einzelnen Vorhaben aus:

→ 11.1: Entwurf des Ersten Gesetzes zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe

- Stärkung des LKJA: Frau Schiefelbein erklärt, dass der LKJA nicht nur personell, sondern auch hinsichtlich seiner Rechte gestärkt werden müsse. Die geplanten drei „offenen“ Mitglieds-Plätze sollten durch den Gesetzgeber festgelegt werden. Herr Decker schließt sich dem an, sieht aber alternativ auch die Möglichkeit einer „Soll“-Vorgabe. Frau Ebell widerspricht und empfiehlt hingegen eine entsprechende Festsetzung in der Geschäftsordnung.
- Masern-Schutz-Gesetz: Die Anwesenden diskutieren die Notwendigkeit zur Erstellung einer Arbeitshilfe für Einrichtungsleitungen zum Umgang mit Nichtgeimpften. Frau Schiefelbein erklärt, dass der UA Kindertagesbetreuung hier einen Auftrag für sich

sieht. Herr Westphal begrüßt dies und sagt die Unterstützung des MBSJ zu, auch hinsichtlich der Beteiligung des MSGIV.

- Teilhabe: Herr Decker spricht sich für grundlegende Überlegungen zur Verbesserung von Teilhabe aus, ein reines Ändern der gesetzlichen Vorgaben sind allein nicht ausreichend.
- Herr Westphal erklärt, dass es im vorliegenden Gesetzentwurf noch zu Änderungen und Streichungen kommen wird.

→ TOP 11.2 Verordnungsentwurf für eine Änderung der Kita-Personalverordnung – KitaPersV

Die Möglichkeit, neben dem pädagogischen Fachpersonal in angemessenem Umfang auch Diätassistentinnen/ Diätassistenten sowie Hauswirtschaftsassistentinnen/ Hauswirtschaftsassistenten zur Erfüllung der Aufgaben nach § 3 Absatz 2 Nummer 7 des KitaG heranzuziehen, wird von einer Vielzahl der Anwesenden kritisiert, da diese Änderung problematische Auswirkungen auf die Qualität hätte und (kleine) Träger diese Regelung vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfes ggf. als „Schlupfloch“ nutzen könnten. Ggf. wäre eine Regelung denkbar, die die beiden Berufsgruppen unter § 10 Abs. 4 KitaPersV gefasst werden. Frau Hildebrandt ergänzt, dass diese Idee auch im ABJS kritisch betrachtet wird. Herr Westphal erklärt, dass die Bitte nach einer entsprechenden Regelung durch die Landkreise an das MBSJ übermittelt wurde. Der Verordnungsentwurf werde noch einmal geprüft.

→ TOP 11.3 Kita-Landeselternbeitragstabellenverordnung (KitaLEBTV)

Frau Gottschling begrüßt grundsätzlich die die in Rede stehenden Änderungen. Diese sollten sich auch an die unter TOP 10 bereits diskutierte Tabelle anpassen. Sie gibt allerdings zu bedenken, dass nicht alle Träger diese Tabelle nutzen könnten. Herr Westphal stellt klar, dass eine Lösung von den Betriebskosten beabsichtigt war, sodass jeder Einrichtungsträger die Landestabelle nutzen kann. Das MBSJ wird dies noch einmal klarstellen. Möglicherweise könnten auch mehrere Tabellen zur Auswahl für die Träger erstellt werden.

Ferner diskutieren die Anwesen die Frage der Erstattung der Minderausgaben. Herr Westphal erklärt, dass dies mit den kommunalen Spitzenverbänden kontrovers diskutiert wird.

Frau Meyer stellt die Frage nach der vollständigen Trennung von Elternbeitrag und Platzkosten in den Raum. Nach welche Kriterien würden sich dann die neuen Tabellenrichtern, wenn die Platzkosten nicht mehr der Ausgangspunkt sind? Herr Westphal erklärt, dass man an dieser nicht die Elternbeitragslogik nach dem KitaG heranziehen könne. Der Kostenbeitrag richtet sich dann nur noch nach dem SGB VIII (angemessener Kostenbeitrag). Jeder Träger könne selbst entscheiden, ob und welche Tabelle er nimmt. Dies würde die Betriebskosten dann nicht mehr berühren. Eine soziale Staffelung müsse noch erstellt werden (10 Stunden Krippe – höchster Einkommenssatz).

Frau Schlüter weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang ggf. konnexitätsrelevante Aspekte berücksichtigt werden müssten.

Die Anwesenden stellen fest, dass die Anhörung des LKJA zu den vorgenannten Rechtsvorhaben gemäß § 12 Abs. 4 AG KJHG erfolgt ist.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 12: Eckpunkte für ein gutes Kita-Gesetz und ein tragfähiges Kita-Finanzierungskonzept

(Vorlage Nr. 62-23/19 - Wiedervorlage)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein führt kurz in die Thematik ein. Der bisherige Diskussionsverlauf wird aus den Sitzungs-Protokollen ersichtlich. Der UA Kita hat sich am 08.11.2019 nochmals mit dem Eckpunktepapier befasst. Im Vordergrund standen die Änderungsvorschläge vom 08.10.2019, die bereits in der UA-Sitzung am 27.09.2019 ausführlich beraten wurden.

Entlang der einzelnen Änderungswünsche wurden die Änderungsvorschläge ausführlich erörtert und mehrheitlich abgelehnt. Die Begründungen sind jeweils an der entsprechenden Stelle der im Vorfeld der Sitzung übersandten Synopse festgehalten.

Das Eckpunktepapier wird von den Anwesenden beschlossen (16 Ja /00 Nein /02 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 13: Diskussionspapier des LKJA „Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels in der Kinder- und Jugendhilfe“

(Vorlage Nr. 63-23/19- Wiedervorlage)

BE: Frau Ebell, Herr Decker, Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Aufgrund der vorangeschrittenen Sitzungszeit wird dieser TOP nicht behandelt.

Weitere Verabredungen: Wiedervorlage in der nächsten Sitzung am 20.04.2020.

TOP 14: LKJA-Positionspapier zur Absenkung des Qualifikationsniveaus für frühpädagogische Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe

(Vorlage Nr. 64-24/20)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Aufgrund der vorangeschrittenen Sitzungszeit wird dieser TOP nicht behandelt.

Weitere Verabredungen: Wiedervorlage in der nächsten Sitzung am 20.04.2020.

TOP 15: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Aufgrund der vorangeschrittenen Sitzungszeit wird dieser TOP nicht behandelt. Herr Westphal erklärt zudem, dass alle relevanten Informationen bereits im Rahmen der Behandlung der vorangegangenen TOP übermittelt wurden.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 16: Verschiedenes

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Ebell regt an, zeitnah eine Überarbeitung der Geschäftsordnung des LKJA anzugehen. Eine Vorbereitung kann ggf. bereits zur Sitzung des LKJA am 20.04.2020 erfolgen.

Weitere Verabredungen: Keine.

Herr Mones verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Bernd Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer